



# Gelsenkirchen

Der Oberbürgermeister

Antrag	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr.	
<b>14-20/381</b>	

Antragsteller/in  
Jürgen Hansen, PIRATEN

Antragsdatum  
12.08.2014

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top	Zuständig- keiten
<b>Rat der Stadt</b>	<b>11.09.2014</b>		4 <i>1 = Anhörung 2 = mitbeteiligt bei der Vorberatung 3 = federführende Vorberatung 4 = Entscheidung</i>

Betreff

## **Nutzung von Sitzungsräumen**

Inhalt des Antrags

Ich beantrage, den Einzelmandatsträgern unseres neuen Rates auch die Möglichkeit der Nutzung von Sitzungsräumen im Hans-Sachs-Haus einzuräumen. Dies soll in der Ratssitzung am 11. September 2014 abgestimmt werden.

Begründung:

Einzelmandatsträgern ist es nicht erlaubt, hauseigene Besprechungsräume für Besprechungen zu benutzen wie beispielsweise die monatlichen Zusammenkünfte mit den gewählten sachkundigen Bürgern. Ausdrücklich weise ich hier darauf hin, dass die Nutzung nur für notwendige Besprechungen zur Ratsarbeit ermöglicht werden soll und nicht für parteipolitische Sitzungen.

Ich persönlich wollte mit meinen berufenen Bürgern am 13. August 2014 eine erste Besprechung durchführen, um die für alle sachkundigen Bürger neue Ausschussarbeit in ordentliche Bahnen zu lenken. Diese Besprechung soll zukünftig mindestens einmal im Monat durchgeführt werden und mich über die Ausschussarbeit informieren.

Für diese Besprechung beantragte ich einen kleinen Besprechungsraum im Hans-Sachs-Haus. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die Benutzung der Räume stehe mir nicht zu, sondern nur Fraktionen und Ratsgruppen. Damit tun sich für mich folgende Fragen auf:

1. Wo soll ich denn mit meinen sachkundigen Bürgern zusammen kommen können, bei mir zu Hause in der Küche, oder unter der Berliner Brücke?
2. Sind denn meine berufenen Bürger weniger wert, als die beispielsweise der SPD oder der CDU, dass sie nicht unsere schönen Räume im Hans-Sachs-Haus, die ja eh vorhanden sind, nutzen dürfen?

Mit diesem meinem Antrag möchte ich diese Ungleichheit in der Behandlung von Mandatsträgern unserer Stadt beseitigen. Ich finde so etwas haben wir in einer Demokratie nicht nötig und schon gar nicht im 21. Jahrhundert.

Kosten entstehen dabei nicht.

